

# Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte

Cyril Gläser / Wolfgang Wessels<sup>1</sup>

Mehr noch als in den vergangenen Jahren haben Ereignisse und Entwicklungen aus dem politischen Raum wissenschaftliche Arbeiten und Debatten befeuert. Der Begriff „Krise“ wurde fast schon inflationär zum durchgängigen Stichwort. Insbesondere die politischen Kontroversen über einen sogenannten „Grexit“ beziehungsweise die Bedingungen für eine Stabilisierung der griechischen Mitgliedschaft im Euro-Raum wirkten als Katalysatoren und Beschleuniger einer Vielfalt von Beiträgen, die in einer erheblichen Bandbreite gleichzeitig Grundsatzdebatten zur Finalität Europas sowie policy-orientierte Vorschläge zu einzelnen Feldern des ökonomischen Regierens („economic governance“) anregten. Das Stichwort der „Schlacht um den Euro“ (Piketty 2015) illustriert die hohe Aufmerksamkeit und die Suche nach aufschlussreichen Erzählungen („narratives“). Nicht zu verkennen ist, dass die Autoren der wissenschaftlichen Debatte nicht primär um die besten Erkenntnisse im akademischen Elfenbeinturm rangen, sondern auch um eine Vorherrschaft im politischen Diskurs stritten. In diesem Sinne könnten die Kontroversen, die in zahlreichen Analysen in Zeitungsartikeln, Talkshows und Analysen von Thinktanks ausgetragen wurden<sup>2</sup>, eine Sternstunde europäischer Intellektueller in einer öffentlichkeitswirksamen ‚Grand Débat Européen‘ sein.

Auch die Ukrainekrise<sup>3</sup>, die Referenden zur Unabhängigkeit Schottlands (u. a. Riedel 2014) sowie zum Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union und die Debatten zu den Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) (u. a. Hamilton 2014; Hummer 2015) fanden ihren Niederschlag in wissenschaftlichen Kontroversen.

Ein fast durchgängiges Merkmal war die gebetsmühlenhafte Betonung der Euroschwäche als „größte Krise“ der Europäischen Union, wobei nur wenige Beiträge das Phänomen „Krise“ definierten und in einen historischen Vergleich einordneten (siehe dazu Kaelble 2013, 2014). Mit der Flüchtlingswelle seit dem Herbst 2015 und den Schwierigkeiten der Europäischen Union, mit den Herausforderungen gemeinsam solidarisch umzugehen, erscheint für viele Beobachter die Griechenlandkrise bereits als zweitrangig. Der Bedarf an einer umfassenden Diskussion über den Begriff und über bisherige Formen und Erfolgsbedingungen des EU-Krisenmanagements insbesondere durch den Europäischen Rat (siehe Fabbrini 2013; Puetter 2014; Wessels 2016) ist beträchtlich.

## **Analysen und Vorschläge zur WWU und zum Grexit: mehr, weniger oder ein anderes Europa?**

Ein zentraler Streitpunkt, der vorangegangene Kontroversen aufgriff, bildete der Fall Griechenlands. Angesichts der Vielfalt, Heterogenität und Brisanz der Beiträge ist der Bedarf

---

1 Die Autoren danken Alina Thieme für ihre vielfältige Zuarbeit.

2 Vgl. unter anderem die Sonderseiten von CEPS, FES, Fondation Schuman, Notre Europe und SWP, sowie die Dossiers von FAZ, Spiegel und Süddeutsche.

3 Vgl. unter anderem Alcaro 2015 sowie die Sonderseiten von CEPS, Spiegel und Süddeutsche.

nach einer ordnenden Übersicht zu den Debatten der beteiligten Disziplinen, die häufig nebeneinander und unverbunden ihre jeweiligen Argumentationslinien entwickeln, ebenso notwendig wie schwierig. Umstritten war und ist zwischen Ökonomen, die angemessene zielführende Wirtschaftspolitik gegenüber Griechenland: während insbesondere deutsche Ökonomen angebotspolitische Maßnahmen zur finanziellen Rigidität forderten (so Sinn 2015a; Deutsche Bundesbank 2015), plädierten führende amerikanische Ökonomen (so Krugman 2015; Sachs 2015; Stiglitz 2015) für eine solidarische Unterstützung in Anlehnung an eine keynesianische Nachfragepolitik. Im Aufgreifen und Fortschreiben grundsätzlicher Kritik an der Schaffung eines Euroraums wirbt eine Gruppe deutscher Ökonomen für ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euroraum, einen Grexit, als für Griechenland und die Eurozone sinnvollste wirtschaftliche Lösung (so Konrad/Fuest in Euractiv 2015; auch Born et al. 2012). Bereits seit Beginn der währungspolitischen Integration, so die Argumentation, fehlten die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen „optimalen Währungsraum“, die Mitgliedschaft habe zudem auch keine Konvergenz in der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften im Euro-Raum bewirkt (so EZB 2015; vgl. auch Hall 2014). Die Möglichkeiten für Volkswirtschaften durch Abwertungen Wettbewerbsnachteile zumindest kurzfristig zu kompensieren, wurden in seltener Einmütigkeit sowohl von neo-liberalen Analysen wie auch von Kapitalismus-kritischer Seite (so Streeck 2013; Höpner 2014) gefordert. Darüber hinaus entwickelten Analysen von Thinktanks Szenarien eines Ausscheidens Griechenlands (so Haas 2015). Diese Beiträge machen deutlich, dass die Politik des weiteren schrittweisen Ausbaus der Integration nicht „alternativlos“ ist. Die häufig genutzte Formel „TINA“ („there is no alternative“), die von neofunktionalistischen Ansätzen des ‚spill-over‘ oder der „Sachlogik“ (Hallstein 1969) und von der neo-institutionalistischen Kategorie der „Pfadabhängigkeit“ (Pierson 2004) erklärt werden kann, ist damit nicht mehr ohne weiteres in der politischen Diskussion zu nutzen.

Diskutiert wird so, ob Griechenland ein Ausreißer, ein Sonderfall ist, da ja andere schwächelnde Staaten wie Portugal und Spanien und erst recht Irland auch aufgrund der Vorgaben der Eurogruppe die Notlage überwunden hätten (so Illing 2013: 31-33; Siedenbiedel 2015; Schäffler 2015). Die griechische Krise wurde aber auch als ein – wenn auch besonders ausgeprägter – beispielhafter Fall für eine größere Gruppe – vorwiegend südeuropäischer – Staaten gesehen, da auch andere Staaten wie Italien ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht steigern konnten. Damit hätte die Rettungspolitik für Griechenland eine exemplarische Bedeutung weit über den Fall dieses relativ kleinen Landes hinaus.

Mit Blick auf die im Juni 2015 vom Euro-Gipfel vereinbarte Zwischenlösung setzte auch eine verstärkte Debatte zur weiteren Gestaltung der Eurozone ein. Angeboten werden „Lessons from history“ wie „lessons from the crisis“ (Dyson 2014: 638-645), die in Fragen nach dem Charakter und der Natur des europäischen Staates – insbesondere in seiner Funktion als Wohlfahrtsstaat (so Dyson 2014: 269-285) – wie auch nach der politischen Finalité der Europäischen Union münden.

Am 22. Juni 2015 legten die Präsidenten des Europäischen Rats, der Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Eurogruppe sowie des Europäischen Parlaments den Drei-Stufen-Plan „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“ vor (Juncker et al. 2015), der Elemente für einen Ausbau bis 2023 skizziert. Wesentliche Elemente entsprechen den aus der Geschichte der Integrationskonstruktion bekannten Stufenplänen, die nach der Monnet-Methode (u. a. Wessels 2014) konkrete Schritte vorsehen, ohne ein politisches Endstadium zu formulieren. Institutionell werden regelmäßige Gipfeltreffen, die Ernennung eines ständigen Präsidenten der Eurogruppe und ein Unterausschuss für den Euroraum im Europäischen Parlament gefordert (Bertoncini/Enderlein/

Fernandes/Haas/Rubio 2015). Gefordert wird eine Ergänzung und Vertiefung der Währungsunion durch den Ausbau der politischen Union – insbesondere durch einen „europäischen Finanzminister“, der beispielsweise Mitgliedstaaten eine temporäre Steuererhöhung verordnen könnte und durch das Europäische Parlament legitimiert würde. Einhergehen könnte damit auch eine begrenzte „gemeinschaftliche Haftung für Staatsanleihen“ (Bofinger 2015). Wie in der vorangegangenen Krise zwischen 2010 und 2013 würde das erneute Ausschlagen der Krise zu „mehr“ und nicht „weniger Europa“ führen (Wessels 2014). Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die sogenannten „Wirtschaftsweisen“, schlug im Juli 2015 in einem Sondergutachten zu den Konsequenzen aus der Griechenlandkrise jedoch vor, die Fiskal- und Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten in nationaler Souveränität zu belassen. Unter dem Stichwort „Maastricht 2.0“ forderten sie einen langfristigen Ordnungsrahmen zur Krisenprävention und Krisenbewältigung. Dieser Ordnungsrahmen besteht aus drei Säulen: (1) die Stabilität des privaten Finanzsystems, (2) die Krisenbewältigung und (3) die fiskalische Stabilität (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2015).

Die Diskussion um die Ausgestaltung der Währungsunion fand bei der Gestaltung der Bankenunion neue Nahrung (Howarth/Quaglia 2015; Sapir/Wolff 2015). Eine erneute Renaissance fanden dabei auch Vorschläge für ein Kerneuropa, das mit einem eigenen Haushalt und institutionellen Aufbau einen getrennten, eigenständigen Weg zu mehr Integration einschläge. Auch die sich verstärkende Debatte zu einem Brexit könnte derartige Überlegungen intensivieren (so Böttcher/Schmithausen 2014; Copsy/Haughton 2014; Zuleeg 2014; Schnapper 2014; Liddle 2014; MacShane 2015; Emerson 2015).

Eng verbunden mit der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion gab die politische Behandlung der Griechenlandkrise Anstöße und Stichworte für eine nachhaltige und fundamentale Debatte über Wesen und Finalität der Europäischen Union insgesamt: Identität und Solidarität standen im Mittelpunkt einer intensiven Kontroverse. Piketty (2015: 121ff.) wie Verhofstadt (2015) sehen den Föderalismus als „einzige Lösung“. Hoppe und Müller Gomez präsentieren dazu zwei Modelle: Sie plädieren für eine „klare und statische Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und den supranationalen Institutionen“. In Anlehnung an Arbeiten von Scharpf (2010: 325) fordern sie, die Autonomie und Heterogenität des Mitgliedstaaten zu respektieren, um den Schreckensszenarien eines „europäischen Superstaats“ keine weiteren Argumente zu liefern (Hoppe/Müller Gomez 2015: 35). Ebenfalls weiter vertieft wurde die Debatte über die Eurokrise als Testfall für den demokratischen Charakter der Europäischen Union (so Laffan 2014; Crum 2013; Blauberger/Puntscher/Riekman/Wydra 2014). Dabei werden die Grenzen des demokratischen Potentials der Europäischen Union (so Schäfer/Höpner 2015; Scharpf 2014) oder zumindest das Fehlen einer klaren und transparenten Verantwortungsstruktur (Dawson 2015) betont.

Die Eurokrise gab aber auch die Möglichkeit, traditionelle und weiterhin forschungslenkende Theorien der politikwissenschaftlichen Integrationsforschung zu testen (siehe JEPP 2015): Die Aussagefähigkeit des „liberal intergovernmentalism“ (Schimmelfennig 2015b) wird denen des „neofunctionalism“ (Niemann 2015), der „historical institutionalist explanation“ (Verdun 2015) und Ansätzen der „normative logic of two level games“ (Bellamy/Wheale 2015) gegenübergestellt. Kritisch durchleuchtet wird „Europe’s ordoliberal iron cage“ (Ryner 2015), also das strukturelle, ordoliberales Bias der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

Ein weiterer, höchst relevanter Zugang sind wissenschaftliche Beiträge zur verfassungs- und vertragsrechtlichen Konformität von Maßnahmen zur Stabilisierung der Eurozone. Insbesondere geldpolitische Maßnahmen und Ankündigungen der EZB stehen im Fokus juristischer Kontroversen (so Calliess/Schoenfleisch 2015; Kirchhof 2015; Schmidt 2015; Thiele 2013). Die erstmalige Vorlage eines Falles durch das Bundesverfassungsgericht beim Gerichtshof der Europäischen Union (GEU) sowie dessen entsprechendes Urteil fanden – wiederum mit Blick auf das noch ausstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts – eine breite Resonanz mit beträchtlichen Kontroversen zum Vorgang und zur Entscheidung der Luxemburger Richter (so Klement 2015).

### **Deutschland: der Hegemon**

Eine besondere Zuspitzung erfolgte durch eine Fokussierung auf die Rolle Deutschlands, seiner Regierung und insbesondere deren Spitzenpolitiker (Bulmer 2014; POLITIKUM 2015; Telò 2015). Besonders die Vorschläge für einen temporären Grexit, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble vor den entscheidenden Sitzungen des Eurogipfels im Juli 2015 vertrat, lösten eine Flut von Vorwürfen und Einschätzungen aus, die mit Blick auf die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine dominante Machtrolle Deutschlands kritisch sahen (so Varoufakis 2015; Charrel 2015; Laabs 2015; Maurice 2015; Wehner 2015). Die Reputationskosten im europäischen Raum für die deutsche Politik und insbesondere für die Bundeskanzlerin wurden als beträchtlich eingestuft (so Kerber in Neuerer 2012; Bernau 2015). Intensiv diskutiert wird das Bild des „Ugly German“ (Joffe 2015; vgl. auch Strauss-Kahn 2015), das in europäischen Medien gerne beschworen wird. Nach dieser Sicht wird das Regelwerk des Euros – wie von den Vertretern der größten und erfolgreichsten Volkswirtschaft ausgelegt – als Instrument deutscher Machtpolitik gegen kleinere und schwächere Staaten verstanden, die durch einen „Staatsstreik“ (SpiegelOnline 2015) des von Deutschland dominierten Eurogipfels zum „Protektorat“ (Strahm 2015; Strittmatter 2011) werden.

Eine derartige Einschätzung ist im Lichte der Entstehungsgeschichte der Währungsunion paradox: war doch die Schaffung des Euro im Maastrichter Vertrag vom damaligen französischen Präsidenten François Mitterrand bewusst als Überwindung der D-Mark-Herrschaft in der Hand des wiedervereinigten Deutschland gesehen worden (Attali 1995: 95; siehe auch Loth 2014: 301; Wessels 2016: 51). Die WWU wurde als geeignetes Instrument eines „integrativen Balancing“ (Link 1997, 2012) des nach dem Fall der Berliner Mauer wiedererstarkten Deutschlands verstanden. Dem stehen Einschätzungen gegenüber, dass Deutschland und andere Staaten sich zunehmend auf eine Haftungsunion einlassen (so Sinn 2015b; Herrmann 2011), womit die Beschlüsse des Euro-Gipfels beziehungsweise der EZB gegen die Vertragsbuchstaben verstoßen (so Calliess/Schoenfleisch 2015; Kerber 2014). Umstritten sind auch die Gewinn- und Verlustrechnung der Griechenlandkredite für Deutschland: den Lasten durch mögliche Zahlungsverpflichtungen bei dem zu erwartenden Ausfall der griechischen Rückzahlungen werden die nun schon wirksamen Gewinne durch die Möglichkeit der Bundesregierung, quasi zum „Nulltarif“ Kredite aufzunehmen, sowie der künstlich niedrige Außenwert des Euros für die deutsche Exportindustrie gegenüber gestellt. So sieht eine Rechnung die Bundesrepublik aufgrund der durch die griechische Notlage mitverursachten günstigen Kreditlage als Nettogewinner, selbst wenn der Verlust der gesamten Kreditsumme gegenübergestellt wird (Geraldine/Gropp/Littke/Von Schweinitz 2015).

Aufgabe ist es deshalb mehr als zuvor die Rolle eines „reluctant Hegemons“ (Paterson 2011; Bulmer/Paterson 2013; Schäfer 2013), einer „Führungsmacht“, „Macht in der Mitte“ (Münkler 2015a) oder „Zentralmacht“ (Schwarz 1994) zu diskutieren: ist Merkel als eine respektable Krisenmanagerin, ein Rettungengel oder eine machtgierige Herrscherin – gleichsam Wilhelm II in neuer Form – einzuordnen? Eine Momentaufnahme zeigt recht unterschiedliche Reaktionen in den Medien und von Politikern (Konrad-Adenauer-Stiftung 2015). Die Beurteilung, ob oder in welchen Bereichen Münklers Einschätzung, „Wir sind der Hegemon“ (Münkler 2015b), zutrifft, kann jedoch nicht ausschließlich auf den Eindrücken der deutschen Gipfeldiplomatie beruhen.

### **Erzählungen und Mythen: die historische Einordnung und Verortung**

Derartige Formen der Verarbeitung der sich im Juli 2015 zuspitzenden Krisenentscheidungen haben bereits während des Geschehens zur Bildung von Legenden und Mythen geführt, die sich über die unmittelbaren Reaktionen in das Langzeitgedächtnis einbrennen können. So öffnet sich ein stoffreiches Untersuchungsfeld: die Erfassung und Erklärung von „Erzählungen“ („narratives“) (siehe generell Gadinger et al 2014; Patterson/Renwick Monroe 1998; Roe 1994) in einzelnen Mitgliedstaaten wie außerhalb – beispielsweise in China und den USA – zu diesen Prozessen versprechen ertragreiche Untersuchungen, die gleichzeitig essentielle Elemente für die politische Debatte bilden. „Stories perform vital functions“, aber derartige „narratives) are imperfect models of reality. They contain unconscious biases“ (Dyson 2014: 7, 8). Ohne eine Reflexion über die naturgemäßen Grenzen der Erkenntnisse in den (Meister-)Erzählungen ökonomischer und politischer Herkunft erhöhen sich die Risiken von Fehlschlüssen und entsprechenden Fehlentscheidungen.

Erkenntnisse zu diesem Untersuchungsfeld sind auch von einer Reihe von Projekten zu erwarten, die im Rahmen des Programms Horizon 2020 von der Kommission gefördert werden (siehe CORDIS, den Forschungs- und Entwicklungsinformationsdienst der Europäischen Gemeinschaft).

Eine umfassende Analyse zu „States, Debt and Power“ mit dem bezeichnenden und anregenden Untertitel „‘Saints‘ and ‘Sinners‘ in European history and integration“ legt einer der führenden Wissenschaftler zum Themengebiet vor (Dyson 2014). Seine Zielgruppe sind die Leser „who like to reflect on the bigger historical picture, who are interested in the contextual variability of behaviour and who are fascinated by the complexity of the human“ (Dyson 2014: 11). Er behandelt die asymmetrischen Machtbeziehungen zwischen Kreditgeber und Schuldnerstaaten (Dyson 2014: 5), die Wirkungen der Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat (Dyson 2014: 7), sowie die Grenzen der formalen ökonomischen Argumente (Dyson 2014: 191-236).

Ein weiterer Zugang besteht in Analysen der politisch-sozialen Faktoren, so der Rolle von Parteien und Persönlichkeiten der betreffenden Staaten. Axt legt hierzu eine Studie zur Innenpolitik Griechenlands im ersten Halbjahr 2015 vor (Axt 2015a). Weitere Analysen thematisieren die historische bedingten strukturellen Schwierigkeiten Griechenlands, ein Staat im normalen europäischen Sinne zu werden (Klemm/Schultheiß 2015; Stergiou 2012). Von zunehmender Bedeutung für die politische wie wissenschaftliche Diskussion waren Phänomene in öffentlichen Debatten und der Parteienlandschaft, die mit einem häufig unscharfen Begriff des „Euroskeptizismus“ bezeichnet werden (Brack/Startin 2015; FitzGibbon 2014; Hillebrand 2015). Die einschneidenden Maßnahmen für alle Eurostaaten, aber auch weitere Entwicklungen – so die EU-Flüchtlingspolitik – verstärkten die Notwendigkeit, sich mit Formen und Entwicklungen euroskeptischer Stimmungen und

Parteien zu beschäftigen. Ergebnisse europäischer und nationaler Wahlen, nicht nur in Euro-Staaten und auch nicht nur in EU-Staaten, als „abhängige Variable“ werden durch vielfältige Faktoren als „unabhängige Variable“ erklärt.

Als eine Antwort beziehungsweise Anstoß auf eine (angenommene) Abnahme der Zustimmung zum Projekt der europäischen Einigung thematisieren Projekte die Bedeutung einer „Wertegemeinschaft“ (u.a. Jopp/Tekin 2014), unter anderem durch Untersuchungen der „gemeinsamen Tradition europäischer Kultur“.<sup>4</sup>

### **Der Vertrag von Lissabon: Wirkungsanalysen am Ende des ersten institutionellen Zyklus**

Mit dem Ablauf der ersten Wahlperiode nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags von 2009 bis 2014 liegen Untersuchungen zur Entwicklung der institutionellen Architektur vor. Ein neues Standardwerk zu „National Parliaments and the European Union“ (Heffler et al. 2015) untersucht anhand von Modellen der Einflussnahme nationaler Parlamente in EU-Angelegenheiten (Rozenberg/Heffler 2015: 30) die Rolle dieser Institutionen: Beobachtet werden sowohl Ähnlichkeiten bei der Kontrolle nationaler Regierungen wie auch erhebliche Unterschiede bei der Einflussnahme als „European player“ (Neuhold/Smith 2015: 678; siehe auch Finke/Herbel 2015). Verstärkt untersucht wird auch die Rolle nationaler Parlamente in der Bewältigung der Eurokrise, deren budgetäre Souveränität bei den kreditnehmenden Programmländern, aber auch potentiell bei den Kreditgebern teils drastisch eingeschränkt wurde (Höing 2014, 2015; Laffan 2014; Scharpf 2012).

Auch Entwicklungen des Europäischen Rats (De Schoutheete 2015; Puetter 2014; Wessels 2016) stehen auf der wissenschaftlichen Tagesordnung. Eine Analyse der Bilanz der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik in den ersten fünf Jahren nach Aufwertung des Amts durch den Lissabonner Vertrags untersucht die veröffentlichten Stellungnahmen von Lady Ashton und kommt zu der Schlussfolgerung: „Die EU-Außenpolitik unter Ashton war weder nachhaltig sichtbarer noch kohärenter als in Zeiten vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon“ (von Ondarza/Scheler 2015: 143; siehe auch Helwig 2015). Eng verknüpft mit einer Analyse der Hohen Vertreterin ist die Untersuchung der Gründung und Entwicklung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD/European External Action Service, EEAS). Konstatiert wird: „the EEAS is the outcome of a struggle not only between the intergovernmental versus supranational orientations but also between an interest in a united European foreign policy and diplomacy versus the specific foreign policy interest of different member states (Blom/Vanhoonaeker 2015).

Die erhöhte Aufmerksamkeit rund um die Wahlen zum Europäischen Parlament schlug sich in einer entsprechend intensiven und vielfältigen wissenschaftlichen Debatte nieder. Neben allgemeinen Analysen der Europawahlen (Christiansen 2015; Corbett 2014; Hrbeek 2014; Kaeding/Switek 2015; Kroh 2014) standen die EU-weiten Spitzenkandidaten (Badoli/Gänzle/Shackleton 2014; Gattermann 2015; Hobolt 2014; Höing/Müller Gómez 2014; Kocharov 2014; van den Berge 2014) sowie das starke Abschneiden euroskeptischer Parteien (Axt 2015b; Brack/Startin 2015; FitzGibbon 2014; Treib 2014) im Fokus der vorgelegten Arbeiten. Diskutiert wird verbreitet eine stärkere Parlamentarisierung und Politisierung des institutionellen Systems (Heibredet/Auracher 2015; Körfer 2014; Müller

---

4 Siehe unter anderem die Projekte des ‚Arbeitskreis Europa‘ der Fritz-Thyssen-Stiftung.

Gómez/Wessels 2015; Schimmelfennig 2014; Schorkopf 2014). Dinan konstatiert einen weiteren Schritt des „unrelenting rise of the European Parliament“ (Dinan 2014).

### **Grundlagentexte: Rüstzeug und Anstöße für Lehre und Forschung**

Eine Reihe von Übersichts- und Einführungspublikationen erweitern und aktualisieren den Bestand an Grundlagentexten für die Lehre. Neben Neuerscheinungen (Adam/Mayer 2014; Göler/Schmid/Zeck 2015; Jones/Menon 2014; Kooops/Macaj 2015; Liebert/Wolff 2015; Magone 2015) dokumentieren überarbeitete beziehungsweise übersetzte Auflagen von Standardwerken (Bache/Bulmer 2014; Beichelt 2015; Bergmann 2015; Costa/Brack 2014; Kenealy/Peterson 2015; Loth 2015; Ranacher/Staudigl/Frischhut 2015; Wallace/Pollack 2014; Weidenfeld/Wessels 2015) eine fortwährend breite und differenzierte Aufbereitung des Themenfelds „Europäische Integration“.

Neben dem Grundlagenwerk zu nationalen Parlamenten (Hefftl et al. 2015) ist auch der Sammelband von Bauer und Trodal (2015a) zum „European Administrative System“ als Standardwerk anzuzeigen: „Analyzing the patterns and dynamics of the administrative capacities is essential in understanding how the EU shapes European public policy“ (Bauer/Trodal 2015b: 1).

Zum Europäischen Rat, einem häufig unterbelichteten Schlüsselorgan, wurden umfassende Arbeiten vorgelegt (Puetter 2014; Wessels 2016). Puetter untersucht die „centrality of the European Council“ (Puetter 2014: 2) mithilfe der Kategorien des „deliberative intergovernmentalism“ beziehungsweise „new intergovernmentalism“.<sup>5</sup> Wessels sieht den Europäischen Rat als „key institution“ (Wessels 2016) im Lichte der Fusionsthese (Wessels 2016: 18-20).

### **Ausblick: Geplante Forschungsschwerpunkte und Desintegration als Thema**

Die Forschungsagenda ist so sicherlich nicht abgearbeitet. So lässt die aktuelle Ausschreibungsrunde bei Horizon 2020, dem Forschungsetat der Europäischen Kommission, eine Vielzahl von neuen Projekten erwarten, die sich mit zentralen Herausforderungen der Europäischen Union nach und in der Krise auseinandersetzen. Im Fokus stehen dabei beispielsweise „Towards a new growth strategy“, „The EU and Central Asia“, „Contesting sovereignty and legitimacy in Europe“ oder „Religious diversity in Europe“.<sup>6</sup>

Programme führender Veranstaltungen der Integrationswissenschaften lassen die Schwerpunktsetzung aktueller Forschung erkennen. So lag der Fokus der 2015er Council for European Studies (CES)-Konferenz auf Analysen der „many potential futures emerging from the European crisis“ (CES 2015). Die traditionell thematisch breit aufgestellte European Union Studies Association (EUSA)-Konferenz setzte in ihren plenary sessions die Akzente auf „The Future of EU Federalism“ sowie „Neoliberal Policies and their Alternatives“ (EUSA 2015).

In einer grundsätzlicheren Sichtweise stellt sich die Herausforderung eines Perspektivwechsels: Die Analysen der Krisen gehen über in die Durchleuchtung von Formen und Faktoren der Desintegration: Hat das Euro-Krisenmanagement – zumindest auf den ersten

---

5 Vgl. auch Bickerton/Hodson/Puetter 2015a sowie die Diskussion des Konzepts im JCMS: Bickerton/Hodson/Puetter 2015b; c; Schimmelfennig 2015a.

6 Europäische Kommission: Horizon 2020 Work Programme 2016-2017 in the Area of Europe in a changing world – inclusive, innovative and reflective societies, abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/wp/2016\\_2017/main/h2020-wp1617-societies\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/h2020/wp/2016_2017/main/h2020-wp1617-societies_en.pdf) (letzter Zugriff: 6.10.2015).

Blick – zu einem durchaus umstrittenen „Mehr“ an Europa in vielfältigen Formen der Differenzierung geführt (Fabbrini 2015; Jokela 2014; Tekin 2012; Winzen/Schimmelfenig 2014), so verweisen die politischen und wissenschaftlichen Debatten zu „Grexit“ und „Brexit“ sowie zu den Reaktionen auf die Flüchtlingswelle<sup>7</sup> auf einen Abbau des Integrationsbestands des sogenannten „acquis“ hin. Mit der Debatte um den „Grexit“ und den „Brexit“ stellt sich somit eine noch grundsätzlichere Frage nach einem Wechsel des zugrundeliegenden Paradigmas, eines so häufig beschworenen ‚turns‘ in der Integrationsforschung: Die Aufgabe ist dann nicht mehr, verschiedene Formen und zentrale Faktoren für einen wie auch immer beschriebenen Integrationsprozess herauszuarbeiten, sondern die Bedingungen und die Dynamik eines potentiellen Des-Integrationsprozesses, für „weniger Europa“, zu identifizieren (siehe auch Vollaard 2014). Entsprechend sind politikrelevante Strategien nicht nur für den Ausbau der Union, sondern auch für den Abbau zu reflektieren.

Angesicht der sich abzeichnenden politischen Konstellationen, bei der politische Entscheidungsträger sowohl eine Kompetenzrückverlagerung auf die Mitgliedstaaten fordern (so Cameron 2013) als auch eine forcierte Weiterentwicklung zu einer handlungsstärkeren Währungszone (so Hollande 2015; Macron 2015) ist so ein Mix von Strategien zu diskutieren, die gleichzeitig sowohl einen Rückbau wie eine weitere Vertiefung – wahrscheinlich in Richtung eines so häufig wie unscharf definierten „Kerneuropas“ (siehe zum Begriff Schneider 2004) – vorschlagen. Die „überfällige Debatte“ (Kielmannsegg 2015) über Zukunft und Richtung der europäischen Integration – ein „Rethinking the European Union“ (Copsey 2015) – wird sicherlich einer der zentralen Gegenstände wissenschaftlicher Diskussionen bleiben.

### Weiterführende Literatur

- Hans Adam/Peter Mayer: Europäische Integration. Einführung für Ökonomen, Konstanz/München 2014.
- Riccardo Alcaro: West-Russia Relations in Light of the Ukraine Crisis, Rom 2015.
- Jacques Attali: Verbatim, Tome 3, Chronique des années 1988-1991, Paris 1995.
- Heinz-Jürgen Axt: Griechenlands neue Regierung: Wahlversprechen und Realpolitik, in: *integration*, 2/2015, S. 103-128.
- Heinz-Jürgen Axt: Die Europawahl 2014 in Südeuropa. Rechtsextreme als Gewinner der Krise?, in: Michael Kaeding/Niko Switek (Hrsg.): *Die Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015, S. 89-101.
- Ian Bache/Simon Bulmer: *Politics in the European Union*, 4. Aufl., Oxford 2014.
- Roberto Badoli/Stefan Gänzle/Michael Shackleton: Overthrowing Secrecy. The Spitzenkandidaten experiment and a new chance for a European party system, CEPS Commentary, 4. August 2014.
- Michael W. Bauer/Jarle Trondal (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of the European Administrative System*, Basingstoke 2015.
- Michael W. Bauer/Jarle Trondal: *The Administrative System of the European Union*, in: Michael W. Bauer/Jarle Trondal (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of the European Administrative System*, Basingstoke 2015, S. 1-30.
- Timm Beichelt: *Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems*, 2. Aufl., Wiesbaden 2015.
- Richard Bellamy/Albert Weale: Political legitimacy and the European monetary union: contracts, constitutionalism and the normative logic of two-level games, in: *JEPP* 2/2015, S. 257-274.
- Jan Bergmann (Hrsg.): *Handlexikon der Europäischen Union*, 5. Auflage, Baden-Baden 2015.

---

7 Zahlreiche tagesaktuelle Debattenbeiträge werden von Thinktanks und in Tageszeitungen vorgelegt. Siehe unter anderem die Sonderseiten von CEPS, ECFR, EPC und IAI sowie die Dossiers von FAZ, IPG, Spiegel und ZEIT.



- Patrick Bernau: Was droht bei einem Euro-Ausstieg Griechenlands?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.1.2015.
- Yves Bertoncini/Henrik Enderlein/Sofia Fernandes/Jörg Haas/Eulalia Rubio: Improving EMU. Our Recommendations for the Debate on the Five Presidents Report, Notre Europe Policy Paper, Nr. 137, 15.6.2015.
- Christopher J. Bickerton/Dermont Hodson/Uwe Puetter: The New Intergovernmentalism. States and Supranational Actors in the post-Maastricht Era, Oxford 2015.
- Christopher J. Bickerton/Dermont Hodson/Uwe Puetter: The New Intergovernmentalism: European Integration in the Post-Maastricht Era, in: Journal of Common Market Studies, 4/2015, S. 703-722.
- Christopher J. Bickerton/Dermont Hodson/Uwe Puetter: Something New: A Rejoinder to Frank Schimmelfennig on the New Intergovernmentalism, in: Journal of Common Market Studies, 4/2015, S. 731-736.
- Michael Blauburger/Sonja Puntcher Riekmann/Doris Wydra (Hrsg.): Special Issue: Conventional Wisdoms Under Challenge – Reviewing the EU’s Democratic Deficit in Times of Crisis, Journal of Common Market Studies, 6/2014.
- Tannelie Blom/Sophie Vanhoonacker: The European External Action Service (EEAS), the New Kid on the Block, in: Michael W. Bauer/Jarle Trondal (Hrsg.): The Palgrave Handbook of the European Administration System, Basingstoke 2015, S. 208-223.
- Peter Bofinger: Ohne ordnungspolitischen Kompass. Die Währungsunion braucht politische Integration, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.7.2015.
- Benjamin Born/Teresa Buchen/Kai Carstensen/Christian Grimme/Miachel Kleemann/Klaus Wohlraße/Timo Wollmershäuser: Austritt Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion: historische Erfahrungen, makroökonomische Konsequenzen und organisatorische Umsetzung, ifo-Institut München 2012.
- Barbara Böttcher/Eva Schmithausen: A future in the EU? Reconciling the ‘Brexit’ debate with a more modern EU’, Deutsche Bank Research, EU Monitor European Integration, 15.9.2014.
- Nathalie Brack/Nicholas Startin (Hrsg.): Special Issue: Euroscepticism, from the margins to the mainstream, in: International Political Science Review, 3/2015.
- Simon Bulmer: Germany and the Eurozone Crisis: Between Hegemony and Domestic Politics, in: West European Politics, 6/2014, S. 1244-1263.
- Simon Bulmer/William E. Paterson: Germany as the EU’s reluctant hegemon? Of economic strength and political constraints, in: JEPP, 10/2013, S. 1387-1405.
- Christian Calliess/Christopher Schoenfleisch: Die Bankenunion, der ESM und die Rekapitalisierung von Banken. Europa- und verfassungsrechtliche Fragen, in: JuristenZeitung, 3/2015, S. 113-121.
- David Cameron: Rede über die Zukunft der Europäischen Union vom 23. Januar 2013, abrufbar unter: <https://www.gov.uk/government/speeches/eu-speech-at-bloomberg> (letzter Zugriff: 6.10.2015).
- Marie Charrel: Un "Grexit" temporaire ne serait pas le menéde miracle, in: Le Monde, 21.7.2015.
- Thomas Christiansen: EU-Spitzenkandidaten – neue Impulse und ihre Folgen für das politische System der EU, in: integration, 1/2015, S. 26-43.
- Nathaniel Copey: Rethinking the European Union, Basingstoke 2015.
- Nathaniel Copey/Tim Haughton: Farewell Britannia? ‘Issue Capture’ and the Politics of David Cameron’s 2013 EU Referendum Pledge, in: Journal of Common Market Studies, Sonderheft, 1/2014, S. 74-89.
- Richard Corbett: ‘European Elections are Second-Order Elections’: Is Received Wisdom Changing?, in: Journal of Common Market Studies, 6/2014, S. 1194-1198.
- Oliver Costa/Nathalie Brack: How the EU really works, Brüssel 2014.
- Ben Crum: Saving the Euro at the Cost of Democracy? in: Journal of Common Market Studies, 4/2013, S. 614-630.
- Mark Dawson: The Legal and Political Accountability Structure of ‘Post-Crisis’ EU Economic Governance, in: Journal of Common Market Studies, 5/2015, S. 976-993.
- Philippe De Schoutheete: The European Council after Van Rompuy, Notre Europe Tribune, 20.4.2015.
- Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Mai 2015.
- Desmond Dinan: Governance and Institutions: The Unrelenting Rise of the European Parliament, in: Journal of Common Market Studies, 1/2014, S. 109-124.
- Kenneth Dyson: States, Debt and Power. ‘Saints’ and ‘Sinners’ in European History and Integration, Oxford 2014.
- Michael Emerson: Britain’s future in Europe: reform, renegotiation, repatriation, secession, London 2015.

- Euractiv: Deutsche Ökonomen sehen erhöhtes Grexit-Risiko, 7. Juli 2015, abrufbar unter: <http://www.euractiv.de/sections/finanzen-und-wirtschaft/oekonomen-sehen-erhoehtes-grexit-risiko-316012> (letzter Zugriff: 6.10.2015).
- Europäische Zentralbank: Real convergence in the euro area: evidence, theory and implications, in: *Economic Bulletin* 5/2015, S. 30-45.
- Sergio Fabbrini: Intergovernmentalism and its limits: Assessing the European Union's answer to the Euro Crisis, in: *Comparative Political Studies*, 9/2013, S. 1003-1029.
- Sergio Fabbrini: Which Differentiation? The EU after the Eurocrisis, 22. International Conference of Europeanists (CES), Paris 2015.
- Daniel Finke/Annika Herbel: Beyond Rules and Ressources: Parliamentary Scrutiny of EU Policy, in: *European Union Politics*, published online before print: 27. Mai 2015.
- John FitzGibbon: Euroscepticism and the 2014 European Parliamentary Elections, in: *L'Europe en formation*, 3/2014, S. 29-44.
- Frank Gadinger/Sebastian Jarzebski/Taylan Yildiz (Hrsg.): *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*, Wiesbaden 2014
- Katjana Gattermann: Europäische Spitzenkandidaten und deren (Un-)Sichtbarkeit in der nationalen Berichterstattung, in: Michael Kaeding/Niko Switek (Hrsg.): *Die Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015, S. 211-222.
- Philipp Genschel/Markus Jachtenfuchs (Hrsg.): *Beyond the Regulatory Polity? The European Integration of Core State Powers*, Oxford 2014.
- Dany Geraldine/Reint E. Gropp/Helge Littke/Gregor von Schweinitz: Germany's benefit from the Greek Crisis, *Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung, IWH Online* 7/2015, Halle 2015.
- Daniel Göler/Alexandra Schmid/Lukas Zech: *Europäische Integration. Beiträge zur Europaforschung aus multidimensionaler Analyseperspektive*, Baden-Baden 2015.
- Jörg Haas: Risiko Grexit: Vorsicht beim Verhandeln!, *Jacques Delors Institut Policy Paper* 126, 16.2.2015.
- Peter A. Hall: Varieties of Capitalism and the Euro Crisis, in: *West European Politics* 6/2014, S. 1223-1243.
- Daniel Hamilton: Transatlantic Challenges: Ukraine, TTIP and the Struggle of the Strategic, in: *Journal of Common Market Studies*, 1/2014, S. 25-39.
- Claudia Heffler/Christine Neuhold/Olivier Rozenberg/Julie Smith (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of National Parliaments and the European Union*, Basingstoke 2015.
- Eva Heibredner/Jelena Auracher: Die Rolle europäischer Spitzenkandidaten im institutionellen Wettstreit. Die Europawahl 2014 als Weichenstellung für die Politisierung der EU, in: Michael Kaeding/ Niko Switek (Hrsg.): *Die Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015, S. 223-231.
- Niklas Helwig: *The High Representative of the Union: The constrained agent of Europe's foreign policy*, Berlin 2015.
- Karolin Herrmann: Von der Wirtschafts- in die Haftungsunion: Bisherige Fehlentwicklungen und aktuelle Handlungsoptionen, *Karl-Bräuer-Institut, Sonderinformation*, Nr. 64, September 2011.
- Ernst Hillebrand (Hrsg.): *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?*, Bonn 2015.
- Sara B. Hobolt: A vote for the President? The role of Spitzenkandidaten in the 2014 European Parliament elections, in: *Journal of European Public Policy*, 10/2014, S. 1528-1540.
- Oliver Höing: Reinforcing the asymmetry of parliamentary influence in EMU policy-making: the role of national parliaments in the ESM, *UACES Papers*, 44. Jahreskonferenz, 1.-3. September, Cork 2013.
- Oliver Höing: With a Little Help of the Constitutional Court: The Bundestag on Its Way to an Active Policy Shaper, in: Claudia Heffler/Christine Neuhold/Olivier Rozenberg/Julie Smith (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of National Parliaments and the European Union*, Basingstoke 2015, S. 191-208.
- Oliver Höing/Johannes Müller Gómez: Towards the German model? Spitzenkandidaten and European Elections 2014, in: *L'Europe en formation*, 55/2014, S. 45-65.
- François Hollande: Fernsehinterview am 14.7.2015. Entretien télévisé en direct sur TF1 et France 2 à l'occasion du 14 juillet, abrufbar unter: <http://www.elysee.fr/interviews/article/entretien-televisé-en-direct-sur-tf1-et-france-2-a-l-occasion-du-14-juillet/> (letzter Zugriff: 6.10.2015).
- Martin Höpner: Europe would be better off without the Euro: a comparative political economy perspective on the Euro crisis, in: *Labor History*, 2/2014, S. 661-666.

- Martin Höpner/Armin Schäfer: Integration Among Unequals: How the Heterogeneity of European Varieties of Capitalism Shapes the Social and Democratic Potential of the EU, in: José M. Magone (Hrsg.), *Handbook of European Politics*, London/New York 2015, S. 725-745.
- Alexander Hoppe/Johannes Müller Gómez: Wege aus der Legitimitätskrise: Chancen eines europäischen Föderalismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28-30/2015, S. 30-35.
- David Howarth/Lucia Quaglia: Die Bankenunion als Krönung der Wirtschafts- und Währungsunion?, in: *integration*, 1/2015, S. 44-59.
- Rudolf Hrbek: Europawahlen 2014: Kontinuität und neue Facetten, in: *integration*, 3/2014, S. 205-227.
- Waldemar Hummer: Was haben TTIP, CETA und TISA gemeinsam? 'Investor-To-State Dispute Settlement' als umstrittenes Element der EU-Freihandelsabkommen, in: *integration*, 1/2015, S. 3-25.
- Falk Illing: Griechenland als Sonderfall und Katalysator, in: Falk Illing (Hrsg.): *Die Eurokrise. Analyse der europäischen Strukturkrise*, Wiesbaden 2013, S. 31-33.
- Josef Joffe: The Ugly German. Berlin als Wiedergänger Wilhelmiens? Ein Zerrbild, in: *Die Zeit*, 30.7.2015.
- Juha Jokela (Hrsg.): Multi-speed Europe. Differentiated integration in the external relations of the European Union, FIIA Report 38/2014.
- Erik Jones/Anand Menon: *The Oxford Handbook of the European Union*, Oxford 2014.
- Mathias Jopp/Funda Tekin (Hrsg.): *Europas Wert. Studien zum materiellen und immateriellen Nutzen der europäischen Integration*, Baden-Baden 2014.
- Journal of European Public Policy (JEPP): Special Issue: European integration in times of crisis: theoretical perspectives*, 2/2015.
- Jean-Claude Juncker/Donald Tusk/Jeroen Dijsselbloem/Mario Draghi/Martin Schulz: *Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden*, Europäische Kommission, 22. Juni 2015, abrufbar unter: [http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/economic-monetary-union/docs/5-presidents-report_de.pdf) (letzter Zugriff: 6.10.2015).
- Michael Kaeding/Nike Switek (Hrsg.): *Die Europawahl 2014: Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015.
- Hartmut Kaelble: Spirale nach unten oder produktive Krisen? Zur Geschichte politischer Entscheidungskrisen der europäischen Integration, in: *integration*, 3/2013, S. 169-182.
- Hartmut Kaelble: Eine beispiellose Krise? Die Krise der europäischen Integration seit 2010 im historischen Vergleich, in: Martin Heidenreich (Hrsg.): *Krise der europäischen Vergesellschaftung?*, Wiesbaden 2014, S. 31-51.
- Daniel Kenealy/John Peterson: *The European Union: How does it work?*, 4. Aufl., Oxford 2015.
- Markus C. Kerber: Professoren reichen Verfassungsbeschwerde gegen Bankenunion ein, in: *Süddeutsche Zeitung*, 28.7.2014.
- Peter Graf Kielmansegg: *Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte*, Baden-Baden 2015.
- Paul Kirchhof: Karlsruhe – das Rettungsboot in der Euro-Krise, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.6.2015.
- Jan Henrik Klement: Der geldpolitische Kompetenzmechanismus. Sind die Outright-Geschäfte der EZB zugleich rechtmäßig und rechtswidrig? – Zum Urteil des EuGH vom 16.6.2015, in: *JuristenZeitung*, 15-16/2015, S. 754-760.
- Ulf-Dieter Klemm/Wolfgang Schultheiß (Hrsg.): *Die Krise in Griechenland: Ursprünge, Verlauf, Folgen*, Bonn 2015.
- Anna Kocharov: This Time It's Different? Constitutional Complexities of the Spitzenkandidaten Arrangement, *Berliner Online-Beiträge Zum Europarecht*, 95/2014.
- Konrad-Adenauer-Stiftung: Stimmungsbild: Einigung in der Griechenland-Krise. Weltweite Reaktionen, 28.7.2015, abrufbar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_42136-544-1-30.pdf?150728164946](http://www.kas.de/wf/doc/kas_42136-544-1-30.pdf?150728164946) (letzter Zugriff: 6.10.2015)
- Joachim A. Koops/Gjovalin Macaj: *The European Union as a Diplomatic Actor*, Basingstoke 2015.
- Aileen Körfer: Politicising the Union? The Influence of 'Leading Candidates' for the Commission Presidency, *Bruges Political Research Papers* 36/2014.
- Chris Kroh: Stability amid change; Impact of the 2014 European Parliament elections at the European level, in: *Electoral Studies*, 36/2014, S. 204-209.
- Paul Krugman: Greece Over the Brink, in: *The New York Times*, 29.6.2015.
- Dirk Laabs: Why is Germany so tough on Greece? Look back 25 years, in: *The Guardian*, 17.7.2015.
- Brigid Laffan: Testing Times: The Growing Primacy of Responsibility in the Euro Area, in: *West European Politics* 2/2014, S. 270-287.

- Roger Liddle: *The Europe Dilemma: Britain and the Drama of EU integration*, London/New York 2014.
- Ulrike Liebert/Jana Wolff: *Interdisziplinäre Europastudien. Eine Einführung*, Wiesbaden 2015.
- Werner Link: Die europäische Neuordnung und das Machtgleichgewicht, in: Thomas Jäger/Melanie Piepen-schneider (Hrsg.): *Europa 2020. Szenarien politischer Entwicklung*, Opladen 1997, S. 9-31.
- Werner Link: Integratives Gleichgewicht und gemeinsame Führung. Das europäische System und Deutschland, in: *Merkur*, 11/2012, S. 1025-1034.
- Wilfried Loth: *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*, Frankfurt/Main 2014.
- Wilfried Loth: *Building Europe. A History of European Unification*, Berlin/Boston 2015.
- Leo Klimm/Christian Wernicke: Emmanuel Macron „Europa neu gründen“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 30.8.2015.
- Denis MacShane: The Strange silent over Brexit, *Opendemocracy*, 9.4.2015, abrufbar unter: <https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/denis-macshane/strange-silence-over-brexit> (letzter Zugriff: 6.10.2015).
- José M. Magone (Hrsg.): *Routledge Handbook of European Politics*, London/New York 2015.
- Eric Maurice: 'Provocative' Germany pushed Greece talks to the edge, in: *EUObserver*, 13.7.2015.
- Emmanuel Mourlon-Druol/Federico Romero (Hrsg.): *International Summitry and Global Governance: the Rise of the G7 and the European Council, 1974-1991*, Abingdon 2014.
- Johannes Müller Gómez/Wolfgang Wessels: The EP elections 2014 and their consequences. A further step towards EU parliamentarism?, in: *Cuadernos Europeos de Deusto*, 52/2015, S. 39-66.
- Herfried Münkler: *Macht in der Mitte: Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*, Hamburg 2015.
- Herfried Münkler: Wir sind der Hegemon - Deutschlands Rolle in Europa, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.8.2015.
- Dietmar Neuerer: Die wahren Kosten der Griechenland-Rettung. Finanzwissenschaftler warnt vor Reputationskosten, in: *Handelsblatt*, 20.11.2012, S. 8.
- Christine Neuhold/Julie Smith: Conclusion: From 'Latecomers' to 'Policy Shapers'? – The Role of National Parliaments in the 'Post-Lisbon' Union, in: Claudia Heffler/Christine Neuhold/Olivier Rozenberg/Julie Smith (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of National Parliaments and the European Union*, Basingstoke 2015, S. 668-686.
- Arne Niemann/Demosthenes Ioannou: European economic integration in times of crisis: a case of neofunctionalism?, in: *JEPP*, 2/2015, S. 196-218.
- William E. Paterson: The Reluctant Hegemon? Germany Moves Centre Stage in the European Union, in: *Journal of Common Market Studies*, 1/2011, S. 57-75.
- Molly Patterson/Kristen Renwick Monroe: Narrative in political science, in: *Annual Review of Political Science*, 1/1998, S. 315-331.
- Paul Pierson (2004): *Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis*, Princeton 2014.
- Thomas Piketty: *Die Schlacht um den Euro. Interventionen*, München 2015, aus dem Französischen übersetzt von Stefan Lorenzer.
- POLITIKUM. Analysen. Kontroversen. Bildung: Sonderheft Deutschland Macht Europa?, 2/2015.
- Christian Ranacher/Fritz Staudigl/Markus Frischhut (Hrsg.): *Einführung in das EU-Recht*, 3. Auflage, Wien 2015.
- Sabine Riedel: Das Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands (18.9.2014). Politische Hintergründe und Folgen für die Zukunft Europas, SWP-Arbeitspapier FG 8, 2/2014, September 2014.
- Emery Roe: *Narrative Policy Analysis. Theory and Practice*, Durham 1994.
- Olivier Rozenberg/Claudia Heffler: Introduction, in: Claudia Heffler/Christine Neuhold/Olivier Rozenberg/Julie Smith (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of National Parliaments and the European Union*, Basingstoke 2015, S. 1-39.
- Magnus Ryner: Europe's ordoliberal iron cage: critical political economy, the euro crisis and its management, in: *JEPP*, 2/2015, S. 275-294.
- Jeffrey Sachs: Deutschland ist für die Misere mitverantwortlich, in: *Süddeutsche Zeitung*, 18.7.2015.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Sondergutachten: Konsequenzen aus der Griechenland-Krise für einen stabileren Euro-Raum*, Juli 2015.
- André Sapir/Guntram B. Wolff: Euro-Area Governance: What to reform and how to do it, in: *Bruegel Policy Brief* 1/2015.
- David Schäfer: Der Fiskalvertrag: Ein Ausdruck deutscher Hegemonie in der Europäischen Union?, in: *integrated*, 2/2013, S. 107-123.
- Frank Schäffler: Griechenland: Spitze des Eisbergs oder Sonderfall?, in: *Fuldaer Zeitung*, 9.5.2015

- Fritz W. Scharpf: Legitimacy in the Multilevel European Polity, in: Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Community and Autonomy, Institutions, Policies and Legitimacy in Multi-Level Europe, Frankfurt/Main 2010, S. 317-352.
- Fritz W. Scharpf: Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Its Collapse in the Euro Crisis, MPIfG Discussion Paper 6/2012.
- Fritz W. Scharpf: No Exit from the Rescue Trap?, in: MPIfG Discussion Paper 4/2014.
- Frank Schimmelfennig: The Spitzenkandidaten Plot - the European Parliament as a Strategic Competence-Maximizer, KFG Newsletter 1/2014.
- Frank Schimmelfennig: What's the News in 'New Intergovernmentalism'? A Critique of Bickerton, Hodson and Puetter, in: Journal of Common Market Studies, 4/2015, S. 723-730.
- Frank Schimmelfennig: Liberal intergovernmentalism and the euro area crisis, in: JEPP, 2/2015, S. 177-195.
- Reiner Schmidt: Die entfesselte EZB, in: JuristenZeitung, 7/2015, S. 317-327.
- Pauline Schnapper: Royaume-Uni doit-il sortir de l'Union Européenne?, La documentation française, Paris, 5.3.2014.
- Heinrich Schneider: „Kerneuropa“: Ein aktuelles Schlagwort und seine Bedeutung, in: EI Working Papers, 54/2004
- Frank Schorkopf: Die Europäische Union auf dem Weg aus der Krise? Eine institutionelle Nachlese zur Europawahl 2014, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 4/2014, S. 395-407.
- Hans-Peter Schwarz: Die Zentralmacht Europas: Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.
- Christian Siedenbiedel: Südeuropas Scheinblüte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.7.2015.
- Hans-Werner Sinn: Die griechische Tragödie, ifo Schnelldienst, Sonderausgabe, 29.5.2015.
- Hans-Werner Sinn: Die guten Zeiten gehen vorbei, Interview in Focus Money, 18.2.2015, S. 32-36.
- Spiegel Online (2015): #ThisIsACoup bei Twitter: Weltweite Wut auf Deutschland, 13.7.2015.
- Andreas Stergiou: Anatomie eines Niedergangs? Griechenland und die Europäische Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 35-37/2012, S. 42-48.
- Joseph Stiglitz: Greece's creditors need a dose of reality – this is no time for European disunion, in: The Guardian, 5.6.2015.
- Rudolf Strahm: Griechenland ist jetzt ein Protektorat der EU, in: Tagesanzeiger, 21.7.2015.
- Dominique Strauss-Kahn: To my German friends, 18.7.2015, abrufbar unter: <http://fr.slideshare.net/Dominique-StraussKahn/150718-tweeteurope> (letzter Zugriff: 6.10.2015).
- Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.
- Kai Strittmatter: Würdelos in Europas Protektorat, in: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2011.
- Funda Tekin: Differentiated Integration at Work: The Institutionalisation and Implementation of Opt-Outs from European Integration in the Area of Freedom, Security and Justice, Baden-Baden 2012.
- Mario Telò: Die deutsche Führungsrolle in Europa – ein Dilemma, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 9/2015, S. 15-19.
- Alexander Thiele: Das Mandat der EZB und die Krise des Euro: Eine Untersuchung der von der EZB im Zusammenhang mit der Eurokrise ergriffenen Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den rechtlichen Vorgaben des europäischen Primärrechts, Tübingen 2013.
- Olivier Treib: The voter says no, but nobody listens: causes and consequences of the Eurosceptic vote in the 2014 European elections, in: Journal of European Public Policy, 10/2014, S. 1541-1554.
- Mirte van den Berge: The 2014 EP election campaign in the member states: National debates, European elections, TEPSA Report 4.6. 2014.
- Yanis Varoufakis: Dr. Schäubles Plan für Europa. Stimmen die Europäer ihm zu?, in: Die Zeit 16.7.2015, aus dem Englischen von Michael Adrian.
- Amy Verdun: A historical institutionalist explanation of the EU's response to the euro area financial crisis, in: JEPP, 2/2015, S. 219-237.
- Guy Verhofstadt: Nie wieder!, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.7.2015.
- Hans Vollaard: Explaining European Desintegration, in: Journal of Common Market Studies, 5/2014, S. 1142-1159.
- Nicolai von Ondarza/Ronja Scheler: Die Hohe Vertreterin als Stimme der EU - eine Evaluation fünf Jahre nach Lissabon, in: integration, 2/2015, S. 129-145.
- Helen Wallace/Mark A. Pollack: Policy-Making in the European Union, 7. Aufl., Oxford 2014.
- Markus Wehner: Bösewicht und Buhmann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.7.2015.

- Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration, 14. Aufl., Baden-Baden 2015.
- Wolfgang Wessels: Revisiting the Monnet Method – A contribution to the periodisation of the European Union's history, in: Michaela Bachem-Rehm/Claudia Hiepel/Henning Türk (Hrsg.): Teilung überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Wilfried Loth, München 2014, S. 49-59.
- Wolfgang Wessels: The European Council, Basingstoke 2016.
- Thomas Winzen/Frank Schimmelfennig: Vertragsentwicklung und Differenzierung in der europäischen Integration, Nationale Identität, staatliche Autonomie und die Entstehung einer Kern-Peripherie-Struktur in der Europäischen Union, in: *integration*, 2/2014, S. 138-151.
- Fabian Zuleeg: Britain outside Europe? Fewer EU concessions to UK post-Brexit, EPC Commentary, 12.5.2014.

### Links

- CEPS: Research Area "Economy and Finance", <http://www.ceps.eu/research-areas/economy-and-finance>.
- CEPS: Topic Migration, <http://www.ceps.eu/topics/migration>.
- CEPS: Topic Ukraine, <http://www.ceps.eu/topics/ukraine>.
- CORDIS - Community Research and Development Information Service, [http://cordis.europa.eu/projects/home\\_en.html](http://cordis.europa.eu/projects/home_en.html).
- Council for European Studies: 22nd International Conference of Europeanists: "Contradictions: Envisioning European Futures", 8.-10. Juli 2015, Paris, <http://councilforeuropeanstudies.org/conferences/past-conferences/11-meetings-and-conferences/200-22nd-international-conference-of-europeanists-call-for-proposals>.
- EPC: Theme "EU Migration and Diversity", [http://www.epc.eu/themes.php?theme\\_id=34](http://www.epc.eu/themes.php?theme_id=34).
- European Union Studies Association (EUSA): 14th Biennial Conference, 5.-7.3.2015, Boston, <https://eustudies.org/conference/11>.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ): Themendossier „Europas Schuldenkrise“, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/>.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES): Analysen zur Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise, [http://www.fes.de/inhalt/in\\_finanzkrise\\_js.htm](http://www.fes.de/inhalt/in_finanzkrise_js.htm).
- Internationale Politik und Gesellschaft (IPG): Schwerpunkt des Monats: Flüchtlingskrise, September 2015, <http://www.ipg-journal.de/schwerpunkt-des-monats/fluechtlingskrise/>.
- Istituto Affari Internazionali (IAI): Themenseite "Migrazione", <http://www.iai.it/it/publicazioni/lista/all/all>.
- Notre Europe: Euro and European Governance, <http://www.eng.notre-europe.eu/011015-96-Euro-and-European-Governance.html>.
- Spiegel Online: Themendossier „Ukraine-Konflikt“, [http://www.spiegel.de/thema/ukraine\\_konflikt/](http://www.spiegel.de/thema/ukraine_konflikt/).
- Spiegel Online: Themendossier: „Flucht nach Europa“, [http://www.spiegel.de/thema/flucht\\_nach\\_europa/](http://www.spiegel.de/thema/flucht_nach_europa/).
- Spiegel Online: Themendossier: „Flüchtlinge in Deutschland“, [http://www.spiegel.de/thema/fluechtlinge\\_in\\_deutschland/](http://www.spiegel.de/thema/fluechtlinge_in_deutschland/).
- Spiegel Online: Themendossier: „Flüchtlinge“, <http://www.spiegel.de/thema/fluechtlinge/>.
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): Themendossier „Finanz- und Schuldenkrise“, Kapitel „Die Eurozone“, <http://www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers/finanz-und-schuldenkrise/die-eurozone.html>.
- Süddeutsche Zeitung: Themendossier „Schuldenkrise in Europa. Hält die Währungsunion der Belastung stand?“, [http://www.sueddeutsche.de/thema/Schuldenkrise\\_in\\_Europa-2](http://www.sueddeutsche.de/thema/Schuldenkrise_in_Europa-2).
- Süddeutsche Zeitung: Themendossier „Ukraine im Umbruch“, [http://www.sueddeutsche.de/thema/Ukraine\\_im\\_Umbruch](http://www.sueddeutsche.de/thema/Ukraine_im_Umbruch).
- Die Zeit: Schwerpunkt: Flüchtlinge in Europa. Die Flüchtlingskrise, <http://www.zeit.de/thema/fluechtlinge-in-europa>.
- Spiegel Online: Themendossier „Euro-Krise“, [http://www.spiegel.de/thema/euro\\_krise\\_2010/](http://www.spiegel.de/thema/euro_krise_2010/).